

## Fragen

für die Fragestunde der 232. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 9. Juni 2021

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	35	Klein, Karsten (FDP)	52
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 74	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 59
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 53	Kluckert, Daniela (FDP)	7, 51
Brandner, Stephan (AfD)	1, 16	Konrad, Carina (FDP)	50
Christmann, Anna, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 72
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	34, 41	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	48, 77
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	54, 55	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 75
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	14, 15	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	79
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67	Luksic, Oliver (FDP)	68, 78
Gohl, Christopher, Dr. (FDP)	57, 58	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	30, 31
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	32, 33	Nissen, Ulli (SPD)	19, 20
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	23, 24	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	6, 26
Herbst, Torsten (FDP)	69, 70	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	49, 80
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	27	Podolay, Paul Viktor (AfD)	13
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	28, 29	Renner, Martina (DIE LINKE.)	17, 18
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	21, 22	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 65	Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	43

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	47, 60	Theurer, Michael (FDP) .....	61, 62
Spaniel, Dirk, Dr. (AfD) .....	71	Werner, Katrin (DIE LINKE.) .....	11, 12
Storch, Beatrix von (AfD) .....	5, 73	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) .....	44, 45

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat . . . . .	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes . . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie . . . . .	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz . . . . .	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . . . . .	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung . . . . .	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft . . . . .	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit . . . . .	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur . . . . .	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit . . . . .	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung . . . . .	25
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung . . . . .	26

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)  
Was waren aus Sicht der Bundeskanzlerin die fünf größten Fehler, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit als Bundeskanzlerin in der aktuellen Legislaturperiode begangen hat (bitte die Antwort begründen)?
  
2. Abgeordnete  
**Lisa Badum**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Beabsichtigt die Bundeskanzlerin im Rahmen ihrer Richtlinienkompetenz noch in dieser Legislaturperiode, das nachgeschärfte Klimaziel von minus 65 Prozent bis 2030 mit konkreten Maßnahmen in den unterschiedlichen Sektoren zu unterlegen, und wenn ja, welche CO<sub>2</sub>-Einsparungen erwartet die Bundesregierung durch die jeweiligen Maßnahmen?
  
3. Abgeordnete  
**Filiz Polat**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Inwiefern setzt das Bundeskanzleramt die im Rahmen des 13. Integrationsgipfels am 9. März 2021 vorgestellte Diversitätsstrategie ([www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/744170/1850578/ce83f1943f59dc85b5f7704cf037b765/erklaerung-des-bundes-phase-iv-data.pdf](http://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/744170/1850578/ce83f1943f59dc85b5f7704cf037b765/erklaerung-des-bundes-phase-iv-data.pdf)) um, und welche Maßnahmen hat es angesichts der Erhebung, nach der lediglich 12 Prozent der Beschäftigten der Bundesverwaltung einen sogenannten Migrationshintergrund haben ([www.bib.bund.de/DE/Aktuelles/2020/2020-12-11-Pressekonferenz-Diversitaet-und-Chancengleichheit-Survey.html](http://www.bib.bund.de/DE/Aktuelles/2020/2020-12-11-Pressekonferenz-Diversitaet-und-Chancengleichheit-Survey.html)), in der Vergangenheit im eigenen Hause ergriffen, um den Anteil der Beschäftigten mit Einwanderungsgeschichte zu erhöhen?
  
4. Abgeordnete  
**Filiz Polat**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)  
Welche der im Maßnahmenpaket des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus für 2021 vorgesehenen Projekte des Bundeskanzleramtes können aufgrund der bisher nicht ausgezahlten Mittel zur Umsetzung (vgl. Ausschussdrucksache 19(4)814) nicht durchgeführt werden, und wie stellt das Bundeskanzleramt sicher, dass die offenen Mittel in Höhe von 34,8 Mio. Euro (s. o.) im Haushaltsjahr 2021 voll ausgeschöpft werden?

5. Abgeordnete  
**Beatrix von Storch**  
(AfD)
- Hält der Chef des Bundeskanzleramts Dr. Helge Braun an seiner Aussage aus dem Januar dieses Jahres fest, dass die Schuldenbremse auch bei „strenger Ausgabendisziplin“ nicht einzuhalten sei und dass das Grundgesetz geändert werden sollte, um höhere Ausgaben zu ermöglichen, als die Schuldenbremse zulässt, und welche Konsequenzen für die Haushaltsplanung sieht die Bundesregierung, wenn die Schuldenbremse wie im Grundgesetz vorgesehen wieder in Kraft tritt (vgl. [www.sueddeutsche.de/politik/schuldenbremse-helge-braun-coronavirus-1.5185960](http://www.sueddeutsche.de/politik/schuldenbremse-helge-braun-coronavirus-1.5185960))?
6. Abgeordneter  
**Tobias Matthias Peterka**  
(AfD)
- Auf welche Gründe stützt die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ihre Aussage, sie hätte einen Rücktritt von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Franziska Giffey, deren Doktorarbeit sich im Wege der Prüfung in weiten Teilen möglicherweise als plagierte darstellen könnte ([https://focus.de/politik/deutschland/tatbestand-der-objektiven-taeschung-erfuellt-27-plagiate-studenten-veroeffentlichen-das-geheime-gut-achten-zu-giffeys-mogel-doktor\\_id\\_12511542.html](https://focus.de/politik/deutschland/tatbestand-der-objektiven-taeschung-erfuellt-27-plagiate-studenten-veroeffentlichen-das-geheime-gut-achten-zu-giffeys-mogel-doktor_id_12511542.html), [www.zdf.de/nachrichten/politik/dissertationen-plagiate-experte-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/dissertationen-plagiate-experte-100.html), beide zuletzt abgerufen am 20. Mai 2021), nicht für zwingend gehalten ([www.faz.net/aktuell/politik/inland/merkel-hielt-ruecktritt-von-franziska-giffey-nicht-fuer-noetig-17348443.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/merkel-hielt-ruecktritt-von-franziska-giffey-nicht-fuer-noetig-17348443.html), zuletzt abgerufen am 20. Mai 2021), und inwieweit fanden hierbei Erwägungen Berücksichtigung, die nicht auf das Binnenverhältnis zwischen der Bundeskanzlerin und den Bundesministern, sondern vielmehr auf das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und politischen Repräsentanten bei der Entscheidung abzielten?
7. Abgeordnete  
**Daniela Kluckert**  
(FDP)
- Wie soll das von der Staatsministerin für Digitales Dorothee Bär vorgeschlagene „Zukunftsministerium“ ausgestattet werden, und inwiefern werden die zusätzlichen administrativen Prozesse im Zuge der Analyse von „zukunftsweisenden Technologiefeldern“ dazu beitragen, notwendige Innovationen herbeizuführen ([www.wiwo.de/politik/deutschland/digitalisierung-zukunftsministerium-arbeiten-alle-anderen-in-der-vergangenheit-/27082360.html](http://www.wiwo.de/politik/deutschland/digitalisierung-zukunftsministerium-arbeiten-alle-anderen-in-der-vergangenheit-/27082360.html))?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

8. Abgeordneter  
**Stefan Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung daran fest, der Bundesanstalt für Dienstleistungsaufsicht (BaFin) die zertifizierte Girokonten-Vergleichswebsite nach dem Zahlungskontengesetz zu übertragen (vgl. [www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/girokonto-vergleich-stiftung-warentest-gebuehren-kostenlos-101.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/girokonto-vergleich-stiftung-warentest-gebuehren-kostenlos-101.html)), sodass die Vergleichswebsite im zweiten Quartal 2022 verfügbar ist (bitte Zeitplan für die Gesetzesänderung angeben), und welche Alternativen prüft die Bundesregierung aktuell angesichts der Tatsache, dass eine entsprechende Vorlage zur Übertragung der Aufgabe an die BaFin, wie sie ursprünglich im Rahmen der Verabschiedung des Schwarmfinanzierung-Begleitgesetzes angedacht war, meines Wissens nicht eingebracht wurde?
9. Abgeordneter  
**Stefan Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Möglichkeiten hat die BaFin, im Rahmen ihres Mandats für den kollektiven Verbraucherschutz tätig zu werden, um infolge des Urteils des Bundesgerichtshofs vom 27. April 2021 (Az. XI ZR 26/20) betroffene Kundinnen und Kunden bei ihren Rückzahlungsansprüchen bezüglich von Banken einseitig erhöhter Entgelte als auch bezüglich der Rücknahme von sonstigen nachteiligen Vertragsänderungen der Banken an ihre Kundinnen und Kunden zu unterstützen, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in diesem konkreten Fall bzw. in Reaktion auf die oben genannte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs?
10. Abgeordneter  
**Sven-Christian Kindler**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann wird ein weiterer Zukunftsstandort als Ausbildungsstandort der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zur Verfügung stehen (Antwort der Bundesregierung auf meine Berichtsbitte vom 31. August 2020 zum Thema „Zukunftsstandorte FKS“ vom 23. September 2020, GZ III A 4 – VV 2303/19/000 :017), und mit welchen Kosten hierfür rechnet die Bundesregierung derzeit?
11. Abgeordnete  
**Katrin Werner**  
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 1 Million Euro und mehr in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet jeweils in den Jahren 2017, 2016, 2015, 2014, 2013, 2012, 2010, 2007, 2001 und 1992?

12. Abgeordnete  
**Katrin Werner**  
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der Gesamtbetrag der Einkünfte der Einkommensteuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 1 Million Euro und mehr in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet jeweils in den Jahren 2017, 2015, 2013, 2012 und 2007, und wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die festzusetzende Einkommensteuer der Einkommensteuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 1 Million Euro und mehr in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet in den gleichen Jahren?
13. Abgeordneter  
**Paul Viktor Podolay**  
(AfD)
- Wurde die Bundesregierung im Vorfeld von den Vorschlägen der EU-Kommission vom 18. Mai 2021 informiert, denen zufolge die EU eine an die Pläne der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angelehnte Mindestbesteuerung einzuführen gedenkt und die Steuern künftig an dem Ort anfallen sollen, an dem die Unternehmen ihre Geschäfte betreiben, und was hält die Bundesregierung von diesen Plänen insbesondere im Hinblick darauf, dass Deutschland als großer Exporteur von Waren und Dienstleistungen nach meiner Auffassung davon profitiert, dass Steuern am Sitz der Unternehmen und nicht an den Absatzmärkten anfallen?
14. Abgeordneter  
**Dr. Anton Friesen**  
(AfD)
- Wie viele Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge sind seit 2015 bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung bzw. Bundesbehörden in ein Ausbildungsverhältnis oder in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung übernommen worden (bitte nach Jahren aufführen, [www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren\\_Bestellservice/2021-04-08-beteiligungsbericht-des-bundes-2020.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=10](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2021-04-08-beteiligungsbericht-des-bundes-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=10))?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,  
für Bau und Heimat**

15. Abgeordneter  
**Dr. Anton Friesen**  
(AfD)
- Wie viele Überfälle, Angriffe, Beleidigungen auf/ gegen Juden bzw. Sachbeschädigungen jüdischer Einrichtungen (Synagogen, Friedhöfe, Kultureinrichtungen etc.) hat es in Deutschland seit dem 1. Januar 2021 bis heute gegeben (bitte nach Monaten aufschlüsseln und angeben, ob es sich um politisch motivierte Ausländerkriminalität/religiöse Ideologie/PMK rechts/PMK links/nicht zuzuordnen handelt; vgl. [www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/210504\\_PMK2020.html#:~:text=F%C3%BCr%20das%20Jahr%202020%20wurden,5%20%25%20im%20Vergleich%20zum%20Vorjahr.&text=%E2%80%9E1m%20Jahr%202020%20haben%20die,Kriminalit%C3%A4t%20einen%20neuen%20H%C3%B6chststand%20erreicht.](http://www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/210504_PMK2020.html#:~:text=F%C3%BCr%20das%20Jahr%202020%20wurden,5%20%25%20im%20Vergleich%20zum%20Vorjahr.&text=%E2%80%9E1m%20Jahr%202020%20haben%20die,Kriminalit%C3%A4t%20einen%20neuen%20H%C3%B6chststand%20erreicht.))?
16. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)
- Was sind nach Ansicht der Bundeskanzlerin die konkreten Ursachen für die erhebliche Zunahme des Antisemitismus hierzulande vor dem Hintergrund, dass die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel laut Medienberichten die antisemitischen Übergriffe und Kundgebungen in Deutschland auf das Schärfste verurteilt hat ([www.tagesschau.de/inland/antisemitismus-nahost-konflikt-103.html](http://www.tagesschau.de/inland/antisemitismus-nahost-konflikt-103.html); [www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.hass-gegen-juden-in-deutschland-bundeskanzlerin-angela-merkel-verurteilt-antisemitische-uebergriffe.998e9aff-9aa4-48b0-83ba-c9d3999b8d0d.html](http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.hass-gegen-juden-in-deutschland-bundeskanzlerin-angela-merkel-verurteilt-antisemitische-uebergriffe.998e9aff-9aa4-48b0-83ba-c9d3999b8d0d.html))?
17. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele antisemitische Straftaten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Zusammenhang mit „Corona-Protesten“ bzw. „Querdenken-Demonstrationen“ seit Beginn der Corona-Pandemie verübt (bitte nach Anzahl der Tatverdächtigen und Bundesländern aufschlüsseln)?
18. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Zusammenhang mit antisemitischen Straftaten oder solchen mit zu vermutender antisemitischer Motivation anlässlich „Corona-Proteste“ bzw. „Querdenken-Demonstrationen“ seit Beginn der Corona-Pandemie verletzt (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?



19. Abgeordneter  
**Ulli Nissen**  
(SPD)
- Gibt es neuere Erkenntnisse, dass bei der Bekämpfung des Mietwuchers Fortschritte erzielt werden könnten, vor dem Hintergrund, dass das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) die Änderung des § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 in seine Vorhabenplanung aufgenommen hat, und welche Rolle spielt dabei der Gesetzentwurf des Bundesrates zur Bekämpfung des Mietwuchers (Bundestagsdrucksache 19/16397)?
20. Abgeordneter  
**Ulli Nissen**  
(SPD)
- Liegen schon erste Erkenntnisse zum Pilotprojekt des BMI zur Online-Beantragung des Wohngeldes vor, und hat die Pandemie den Prozess beschleunigt, dass bis Ende 2022 alle Verwaltungsdienstleistungen auch digital angeboten werden sollen – insbesondere beim Wohngeld?
21. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts, wonach die derzeitige Praxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), mobile Datenträger Schutzsuchender bereits zu Beginn des Asylverfahrens auszulesen, also noch vor der Anhörung, bei der die Herkunft und Identität der Betroffenen mit milderem Mitteln als einem Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung geklärt werden könnten, rechtswidrig sei (vgl. <https://freiheitsrechte.org/pm-erfolg-gegen-bamf-handyauslesung/>, bitte in Auseinandersetzung mit dem Urteil begründen), und welche Konsequenzen hat dieses Urteil für die Bewertung der sogenannten AnKER-Einrichtungen, da im entsprechenden Evaluationsbericht des BAMF als erster (vermeintlicher) Vorteil genannt wurde, dass das Auslesen der mobilen Datenträger von Schutzsuchenden in AnKER-Einrichtungen früherzeitiger als an anderen Einrichtungen erfolge, nämlich zu über 50 Prozent noch vor der Asylantragstellung (BAMF-Forschungsbericht 37, S. 14), was aber nach Auffassung des Berliner Verwaltungsgerichts rechtswidrig ist (s. o., bitte begründen)?

22. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Gibt oder gab es im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) interne Vorgaben (z. B. Textbausteine, Herkunftsländerleitsätze, Dienstanweisungen usw.), in denen mit Bezug auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Würzburg vom 15. Februar 2017 (W 6 K 16.31039) Ablehnungen homosexueller Asylsuchender aus dem Iran begründet werden, obwohl mit diesem Urteil einem iranischen Homosexuellen wegen erheblicher Gefährdungen Flüchtlingsschutz zugesprochen und ausdrücklich betont wurde, dass dem Betroffenen nicht zugemutet werden könne, seine sexuelle Identität zu verbergen oder sich in Zurückhaltung zu üben (bitte konkret ausführen, vgl. auch das Schreiben des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland vom 18. Mai 2021 an den Präsidenten des BAMF und meine diesbezügliche Schriftliche Frage vom 25. Mai 2021 auf Bundestagsdrucksache 19/30285 und inwieweit kann von „bedauerlichen Einzelfällen“ gesprochen werden (vgl. Antwort auf die genannte Schriftliche Frage), wenn nach einer mir vorliegenden Zusammenstellung von Einzelfällen homosexuelle Asylsuchende aus dem Iran vom BAMF immer wieder mit nach meiner Ansicht fragwürdigen Begründungen abgelehnt werden und dabei zugleich auf das genannte Urteil des Verwaltungsgerichts Würzburg Bezug genommen wird (bitte ausführen)?
23. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Welche Mitglieder und Vertreterinnen/Vertreter der Bundesregierung werden nach derzeitiger Kenntnis als Gäste an Spielen der Fußball-Europameisterschaft 2021 sowie an den Olympischen Spielen in Tokio teilnehmen?

### **Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

24. Abgeordneter  
**Dr. André Hahn**  
(DIE LINKE.)
- Welche Vorwürfe erhob die Duma der Russischen Föderation im Gespräch mit dem deutschen Botschafter Géza Andreas von Geyr im April 2021 konkret gegenüber den drei nun zu „unerwünscht“ erklärten Organisationen (Deutsch-Russischer Austausch e. V., Zentrum für die Liberale Moderne gGmbH und das Forum russischsprachiger Europäer e. V. – siehe „Unerwünscht“ im Tagesspiegel vom 28. Mai 2021), und inwieweit sind diese Vorwürfe aus Sicht der Bundesregierung nachvollziehbar?

25. Abgeordneter  
**Manuel Sarrazin**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel – auch vor dem Hintergrund der Krisengespräche mit Präsident Wolodymyr Selenskij und Präsident Emmanuel Macron – konkret unternommen, um gegenüber der russischen Regierung eine freie und völkerrechtskonforme Fahrt aller Schiffe im Asowschen Meer zu erreichen?
26. Abgeordneter  
**Tobias Matthias  
Peterka**  
(AfD)
- Gedenkt die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Lichte der jüngsten „Terrorangriffe auf Israel“ ([www.tagesschau.de/inland/antisemitismus-nahost-konflikt-103.html](http://www.tagesschau.de/inland/antisemitismus-nahost-konflikt-103.html), zuletzt abgerufen am 20. Mai 2021), ihre Richtlinienkompetenz dahingehend auszuüben, dass sich die Bundesregierung klar zum souveränen Staat Israel bekennt, explizit auch dergestalt, dass die Hauptstadt des Staates Israel, Jerusalem, anerkannt und klar benannt wird?
27. Abgeordneter  
**Dr. Christoph  
Hoffmann**  
(FDP)
- Wie plant die Bundesregierung sicherzustellen, dass die von ihr auf dem Welt-Gesundheitsgipfel der G20-Staaten am 21. Mai 2021 zugesagten weiteren 30 Millionen Impfstoffdosen gegen COVID-19 „vorzugsweise an Entwicklungsländer“ gehen ([www.tagesschau.de/ausland/europa/welt-gesundheitsgipfel-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/europa/welt-gesundheitsgipfel-101.html)), und welche Entwicklungs- oder Schwellenländer sind nach Ansicht der Bundesregierung besonders dringend auf diese zusätzlichen Impfstoffdosen angewiesen?

28. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Wann hat die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zuletzt in den bilateralen Beziehungen mit der Ukraine die nach wie vor ausgebliebene Löschung der Website „Mirotworez“ thematisiert, in der tausende vermeintliche „Feinde der Ukraine“ geführt werden, darunter auch mehrere deutsche Bundestagsabgeordnete, zahlreiche deutsche Journalistinnen und Journalisten und Persönlichkeiten wie der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (vgl. Bundestagsdrucksache 19/11668 sowie Plenarprotokolle 19/133, Antwort zu Frage 32 und 19/136, Antwort zu Frage 16), und welche Verbindungen von „Mirotworez“ zu ukrainischen Behörden sieht sie angesichts der Aussagen des langjährigen ukrainischen Innenministers Arsen Awakow, der im Februar 2019 in einem Interview bestätigte, dass die ukrainischen Sicherheitsbehörden die auf der Website gesammelten Daten verwenden ([https://lb.ua/news/2019/02/01/418628\\_arsen\\_avakow\\_mne\\_nelzya\\_predlozhit.html](https://lb.ua/news/2019/02/01/418628_arsen_avakow_mne_nelzya_predlozhit.html)) und an anderer Stelle erklärte, dass er Mirotworez „unterstütze“ (E-Mail vom 23. Mai 2016 10:29, [https://fragdenstaat.de/anfrage/ukrainischen-fahndungsliste-mirotworez-1/365165/anhang/ifg\\_aa\\_20181210\\_anlage.pdf](https://fragdenstaat.de/anfrage/ukrainischen-fahndungsliste-mirotworez-1/365165/anhang/ifg_aa_20181210_anlage.pdf))?
29. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist aus Sicht der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die von ihr und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron geforderte „vollständige Offenheit und Klärung des Sachverhalts“ („Merkel und Macron verlangen Aufklärung“, [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 31. Mai 2021) in Bezug auf die Enthüllung der Unterstützung des dänischen Auslands- und Militärgeheimdienstes Forsvarets Efterretningstjeneste (FE) für die gezielten Spionageangriffe des US-Geheimdienstes NSA auf die Bundeskanzlerin, den Bundesminister des Auswärtigen sowie andere deutsche und europäische Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker bereits erfolgt, und in welcher Form plant die Bundesregierung, diese Lauschangriffe bei Gesprächen mit US-Präsident Joe Biden, der zur Zeit des Überwachungsskandals Vizepräsident der USA war, zu thematisieren?
30. Abgeordneter  
**Dr. Alexander S. Neu**  
(DIE LINKE.)
- Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung und/oder ihr nachgeordnete Stellen dazu, dass – wie mir zur Kenntnis gebracht wurde – die USA Teile ihrer Streitkräfte in einem oder mehreren post-sowjetischen Anrainerstaat/-en Afghanistans stationieren möchten, und welches Verhandlungsstadium zwischen den USA und entsprechenden Anrainerstaaten ist ggf. bislang erreicht worden?

31. Abgeordneter  
**Dr. Alexander S. Neu**  
(DIE LINKE.)
- Inwiefern unterscheidet sich nach Auffassung der Bundesregierung das Vorgehen der Ukraine im Falle des armenischen Staatsbürgers Armen Martirosjan im Oktober 2016 vom Vorgehen Belorusslands ([www.nachdenkseiten.de/?p=72745](http://www.nachdenkseiten.de/?p=72745)) jüngst im Falle des Aktivisten Roman Protasewitsch, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung im Jahr 2016 das Vorgehen Kiews nach meiner Kenntnis nicht verurteilt beziehungsweise keine Sanktionen gegen Kiew verhängt?
32. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Situation in Kolumbien aufgrund der seit Ende April 2021 andauernden Niederschlagung sozialer Proteste durch staatliche Einsatzkräfte ([www.tagesschau.de/ausland/amerika/kolumbien-proteste-127.html](http://www.tagesschau.de/ausland/amerika/kolumbien-proteste-127.html)), und erwägt die Bundesregierung, sich für die Aktivierung der Menschenrechtsklausel im Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien einzusetzen?
33. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen, außer Kritik zu äußern, zieht die Bundesregierung aus den Meldungen über eine Zusammenarbeit des dänischen Geheimdienstes mit dem US-Geheimdienst NSA beim Ausspionieren europäischer Regierungschefs einschließlich der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, und hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob die Spionage weiterhin andauert ([www.sueddeutsche.de/politik/daenemark/spionage-nsa-merkel-1.5309132](http://www.sueddeutsche.de/politik/daenemark/spionage-nsa-merkel-1.5309132))?
34. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Wie verteilen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die vom Rat der Europäischen Union mit dem Europäischen Parlament am 1. Juni 2021 ausgehandelten rund 14,2 Mrd. Euro an sogenannter EU-Heranhilfshilfe bis Ende 2027 für die Türkei und sechs weitere Länder mit offizieller Perspektive auf einen EU-Beitritt auf diese Länder (bitte für die Türkei zusätzlich den Gesamtwert entsprechend der Jahre aufschlüsseln; dpa vom 2. Juni 2021), und haben die bisherigen Heranhilfshilfen bei der Begünstigten Türkei nach Kenntnis der Bundesregierung zur Einhaltung der Werte der EU und zur schrittweisen Angleichung – wie an Vorschriften, Normen und Strategien der EU – geführt, vor dem Hintergrund, dass die EU-Kommission gar Rückschritte der Türkei, etwa bei Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten beklagt ([www.spiegel.de/ausland/tuerkei-eu-kommission-sieht-schwerwiegende-rueckschritte-bei-beitrittskandidat-a-4cd50415-f0bd-4cb7-8a30-454839a2915d](http://www.spiegel.de/ausland/tuerkei-eu-kommission-sieht-schwerwiegende-rueckschritte-bei-beitrittskandidat-a-4cd50415-f0bd-4cb7-8a30-454839a2915d))?

35. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Bundesregierung auf illegale Abschiebungen von kurdischen politischen Flüchtlingen aus dem EU-Mitgliedstaat Rumänien in die Türkei reagieren, bei denen Medienberichten zufolge Menschen unter Gewalt- und Haftandrohungen gezwungen werden, ein vorgefertigtes Schreiben zur Rückkehrbereitschaft zu unterzeichnen (siehe [www.rudaw.net/turkish/world/290520214](http://www.rudaw.net/turkish/world/290520214)) und zu mindestens einer dieser politischen Flüchtlinge im Zuge dieser Abschiebungen, Medienberichten zufolge, kein Kontakt mehr aufgenommen werden konnte und Lebenszeichen fehlen (siehe <http://mezopotamyaajansi35.com/tum-haberler/content/view/136858>)?
36. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass die Putschisten in Mali u. a. durch die Bundeswehr ausgebildet wurden, in Bezug auf die deutsche Mali-Politik ([www.sueddeutsche.de/politik/mali-bundeswehr-1.5308812](http://www.sueddeutsche.de/politik/mali-bundeswehr-1.5308812)), und gibt es vor dem Hintergrund der instabilen Lage in der Region inzwischen eine Regierungsposition in Bezug auf die Anerkennung der verfassungswidrigen neuen tschadischen Regierung (<https://taz.de/Proteste-in-Tschad!/5768935&s=tschad/>)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

37. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Für welche Rüstungsexporte nach Kolumbien hat die Bundesregierung in den Jahren 2015 bis 2020 Ausfuhrgenehmigungen erteilt (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Summe, Rüstungsgut inkl. Klein- und Leichtwaffen, Region laut Endverbleibserklärung), und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über mögliche Verstöße gegen das deutsche Außenwirtschafts- und das Kriegswaffenkontrollgesetz bei Waffenexporten nach Kolumbien, jenseits des bereits juristisch verfolgten Falles um SIG Sauer GmbH & Ko. KG ([www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Illegale-Sig-Sauer-Waffenlieferungen-BGH-entscheidet-am-17-,sigsauer240.html](http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Illegale-Sig-Sauer-Waffenlieferungen-BGH-entscheidet-am-17-,sigsauer240.html))?

38. Abgeordnete  
**Sylvia Kottling-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wurde nach Kenntnis der Bundesregierung das Gemeinschaftsunternehmen zwischen der russischen Atomfirma TVEL – ein Tochterunternehmen des staatlichen Konzerns Rosatom – und der französischen Framatome in Lingen bereits gegründet (bitte unter Angabe aller vorhandenen Informationen zum Gründungszeitpunkt, vgl. [www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/atomkraft-regierung-g-prueft-russischen-einstieg-in-deutsche-fabrik-a-90c97c04-6aeb-456b-9d17-69305657f643](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/atomkraft-regierung-g-prueft-russischen-einstieg-in-deutsche-fabrik-a-90c97c04-6aeb-456b-9d17-69305657f643)), und liegen der Bundesregierung Kenntnisse darüber vor, dass Rosatom in militärische Aktivitäten verwickelt ist (vgl. [www.rosatom.ru/en/all-enterprises/](http://www.rosatom.ru/en/all-enterprises/))?
39. Abgeordnete  
**Maria Klein-Schmeink**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was plant die Bundesregierung, um die u. a. durch das sog. Tenderverfahren aufgebauten Produktionskapazitäten für persönliche Schutzausrüstung auch über das Jahr 2021 heraus zu erhalten, und ist insbesondere geplant, die für die Impfstoffproduktion angekündigten „Pandemiebereitschaftsverträge“ (vgl. [www.br.de/nachrichten/meldung/bund-sichert-sich-impfstoff-fuer-kuenftige-pandemien,3003bac5b](http://www.br.de/nachrichten/meldung/bund-sichert-sich-impfstoff-fuer-kuenftige-pandemien,3003bac5b)) auch in diesem Bereich abzuschließen?
40. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Zertifizierungen von Dritten braucht nach Kenntnis der Bundesregierung die Pipeline Nord Stream 2, um in den Betrieb gehen zu können, und ist es nach Einschätzung der Bundesregierung realistisch, dass nach dem Absprung des bisherigen Zertifizierungsunternehmens ([www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/zertifizierer-aus-norwegen-stoppt-dienstleistung-fuer-nord-stream-2/](http://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/zertifizierer-aus-norwegen-stoppt-dienstleistung-fuer-nord-stream-2/)) andere Unternehmen diese Aufgabe angesichts der bestehenden US-Sanktionen/Drohungen übernehmen und die Pipeline somit in Betrieb gehen kann?

41. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Wie lautet das ggf. inzwischen vorliegende Urteil bezüglich der von der Bundesregierung, vertreten durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), eingelegten Rechtsmittel bei dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) Frankfurt am Main, das die „Außerkraftsetzung der Gültigkeit“ einer erteilten Ausfuhrgenehmigung für unter anderem 110 Lastkraftwagen des Rüstungskonzerns Rheinmetall AG für den Empfänger und Endverwender, die Royal Saudi Land Forces, im Rahmen der sogenannten Ruhensanordnungen für bereits erteilte Rüstungsexportgenehmigungen nach Saudi-Arabien in der Mündlichen Verhandlung vom 3. Dezember 2019 mit der Begründung aufgehoben hatte, dass es sich um einen Teilwiderruf, verbunden mit der gesetzlichen Entschädigungsfolge, handelt und die pauschale und knappe Begründung in den angegriffenen Entscheidungen nicht den gesetzlichen Anforderungen entspreche (s. Plenarprotokoll 19/185, Frage 37), und für welche Rüstungsexporte (Einzelausfuhrgenehmigungen Reexport, Sammelausfuhren) wurden seit dem 22. Oktober 2020 (Plenarprotokoll 19/185, Frage 37) für das Empfängerland Saudi-Arabien Genehmigungen erteilt (bitte entsprechend der Jahre mit Angabe der Güterbeschreibung, Wert und Anzahl auflisten – für 2021 bitte die vorläufigen Zahlen zum aktuellsten Stichtag angeben)?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz**

42. Abgeordneter  
**Christian Kühn**  
(Tübingen)  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern setzt sich die Bundesregierung für eine Beteiligung oder komplette Übernahme an den zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Preis-Kosten für fossile Wärmeversorgung durch die Gebäudebesitzerinnen und Gebäudebesitzer bei vermieteten Gebäuden ein?



43. Abgeordnete  
**Eva-Maria  
Schreiber**  
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Abstimmung im Europäischen Parlament am 20. Mai 2021 für die temporäre Patentfreigabe von COVID-19-Impfstoffen, Diagnostika und Medikamenten, nachdem bereits zahlreiche Nobelpreisträger, der US-Präsident Joe Biden und mehr als 100 Staaten sich der TRIPS-Waiver-Initiative Indiens und Südafrikas bei der Welthandelsorganisation (WTO) angeschlossen haben, damit die Weltgemeinschaft angesichts der akuten weltweiten Gesundheitsnotlage schnell Menschenleben retten, Produktionskapazitäten ausbauen und den Technologietransfer voranbringen kann, und erwägt sie eine Unterstützung des TRIPS-Waiver (siehe: [www.rnd.de/politik/coron-a-impfstoff-patente-eu-parlament-stimmt-fuer-aussetzung-EGVZGSFX6AN5NPKKGEVHWT263U.html](http://www.rnd.de/politik/coron-a-impfstoff-patente-eu-parlament-stimmt-fuer-aussetzung-EGVZGSFX6AN5NPKKGEVHWT263U.html))?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

44. Abgeordnete  
**Sabine  
Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie stellten sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Nettoausgaben für Sozialhilfeleistungen insgesamt (ohne Eingliederungshilfe für behinderte Menschen), für die „Hilfe zum Lebensunterhalt“, „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, „Hilfen zur Gesundheit“, „Hilfe zur Pflege“ sowie „Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen“ bundesweit jeweils in den Jahren 2005, 2015, 2019 und 2020 dar?
45. Abgeordnete  
**Sabine  
Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfeleistungen insgesamt (ohne Eingliederungshilfe für behinderte Menschen), für die „Hilfe zum Lebensunterhalt“, „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, „Hilfen zur Gesundheit“, „Hilfe zur Pflege“ sowie „Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen“ bundesweit jeweils in den Jahren 2005, 2015, 2019 und 2020 dar?

46. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung das privat durch Spenden finanzierte bundesweite „Pilotprojekt Grundeinkommen“, das ab diesem Monat an 122 Menschen in Deutschland für drei Jahre ein Grundeinkommen von 1.200 Euro auszahlt sowie die sie begleitende wissenschaftliche Studie ([www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/grundeinkommen-1200-euro-im-monat-fuer-nichtstun-oder-das-bessere-sozialsystem-li.162436](http://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/grundeinkommen-1200-euro-im-monat-fuer-nichtstun-oder-das-bessere-sozialsystem-li.162436)) bewertet, und wenn ja, wie, und plant sie ähnliche Feldversuche und Studien, insbesondere in Hinblick darauf, wie viele staatliche Verwaltungskosten sich dadurch einsparen lassen?
47. Abgeordnete  
**Kordula Schulz-Asche**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich das durchschnittliche Lohnniveau in der Pflege nach SGB XI im Vergleich zur allgemeinen Teuerungsrate seit dem Jahr 2017 entwickelt, und wie wird es sich – nach Einschätzung der Bundesregierung – bis zu dem Jahr 2025 entwickeln?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

48. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Welche Gründe hat der Forschungsdirektor der Agentur für Innovation in der Cybersicherheit Christoph Igel für sein schnelles Ausscheiden gegenüber der Bundesregierung angegeben, und warum ist die Webseite selber Agentur ([www.cyberagentur.bund.de](http://www.cyberagentur.bund.de)) trotz ihrer Gründung am 15. Juni 2020 bis heute nicht abrufbar ([www.wiwo.de/my/politik/deutschland/cyberagentur-gesucht-ein-kommandant-fuers-neuland-/27169834.html?ticket=ST-9387784-T2y5hl411qO5DlsMWeSC-ap5](http://www.wiwo.de/my/politik/deutschland/cyberagentur-gesucht-ein-kommandant-fuers-neuland-/27169834.html?ticket=ST-9387784-T2y5hl411qO5DlsMWeSC-ap5))?
49. Abgeordneter  
**Tobias Pflüger**  
(DIE LINKE.)
- In welchem Zeitraum war der ehemalige KSK-Soldat und Oberst a. D. Maximilian E., der durch die Aussage auffiel, man „sollte das KSK mal nach Berlin schicken und hier mal ordentlich aufräumen“, für die Bundeswehr tätig (bitte aufschlüsseln nach Verbänden, in denen er aktiv war), und inwiefern ist dieser nach Kenntnis der Bundesregierung mit rechtsextremen Kräften, auch in der Bundeswehr, vernetzt ([www.youtube.com/watch?v=GsoRJj6Gh\\_k](http://www.youtube.com/watch?v=GsoRJj6Gh_k); 7:40)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Ernährung und Landwirtschaft**

50. Abgeordnete  
**Carina Konrad**  
(FDP)
- Plant die Bundesregierung eine Entschädigung für sauenhaltende Betriebe, die wegen des Ausstiegs aus der Kastenstandhaltung laut Neufassung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung ihren Betrieb schließen müssen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Gesundheit**

51. Abgeordnete  
**Daniela Kluckert**  
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung den aktuellen Stand der Umsetzung eines digitalen Impfpasses, und wie plant die Bundesregierung, die bereits erfolgten Impfungen effizient zu digitalisieren ([www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/coronavirus/Digitaler-Impfpass-Hausaerzte-in-SH-befuerchten-Chaos,impfausweis106.html](http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/coronavirus/Digitaler-Impfpass-Hausaerzte-in-SH-befuerchten-Chaos,impfausweis106.html))?
52. Abgeordneter  
**Karsten Klein**  
(FDP)
- Mit welchen Bundesländern hat sich die Bundesregierung bisher auf die Höhe der zu zahlenden Erstattung, für die vom Bund während der Corona-Pandemie an die Länder gelieferte persönliche Schutzausrüstung, einigen können, und auf welche Höhe beläuft sich die Erstattung bzw. die Kostenbeteiligung in diesen Fällen jeweils?
53. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung die EU-Kommission darin bestätigen, dass das System des digitalen Impfpasses auch in Deutschland „bis zum 1. Juli [dieses Jahres] vollständig in Betrieb sein wird“ ([www.tagesschau.de/inland/impfzertifikat-101.html](http://www.tagesschau.de/inland/impfzertifikat-101.html)), und bei welchen Problemen bei der Umsetzung des digitalen Impfpasses (beispielsweise nicht vorhandene Software seitens der Kassenärztlichen Vereinigung oder ungeklärte Zuständigkeiten – siehe dazu [www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/mediziner-kritik-am-digitalen-impfpass-wir-aerzte-sind-nicht-das-passamt-li.162437](http://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/mediziner-kritik-am-digitalen-impfpass-wir-aerzte-sind-nicht-das-passamt-li.162437)) sieht die Bundesregierung noch den größten Handlungsbedarf beziehungsweise mit welchen Lösungsansätzen wird aktuell daran gearbeitet?

54. Abgeordneter  
**Fabio De Masi**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Masken der Marken Chemipharma und/oder KGT hat das Bundesministerium für Gesundheit im Zuge der Pandemie von der Emix Trading GmbH Masken bezogen, und wie hoch war die Reklamationsquote bei den Masken der zuvor genannten Marken im Vergleich zur sonstigen Reklamationsquote bei Masken, die von der Emix Trading GmbH beschafft wurden (bitte jeweils Liefermenge, Reklamationsmenge und Reklamationsquoten angeben; [www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-und-sein-schutzmasken-deal-in-der-schweiz-ueberteuer-und-dazu-auch-noch-gefaelscht-a-00000000-0002-0001-0000-000174972867](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-und-sein-schutzmasken-deal-in-der-schweiz-ueberteuer-und-dazu-auch-noch-gefaelscht-a-00000000-0002-0001-0000-000174972867))?
55. Abgeordneter  
**Fabio De Masi**  
(DIE LINKE.)
- In welchen Ländern wurden die FFP2-Masken hergestellt, die das Bundesministerium von der Emix Trading GmbH bezogen hat, und wie verteilen sich die Liefermenge und die Anzahl der reklamierten Masken auf die jeweiligen Länder (bitte Liefermenge und Reklamationsmenge je Herstellerland angeben; [www.spiegel.de/panorama/andrea-tandler-millionengeschaefte-mit-masken-liefen-ueber-gerade-erst-gegruendete-firma-a-7f969a13-cc53-4e5a-af2b-4cc2d2323e6b](http://www.spiegel.de/panorama/andrea-tandler-millionengeschaefte-mit-masken-liefen-ueber-gerade-erst-gegruendete-firma-a-7f969a13-cc53-4e5a-af2b-4cc2d2323e6b))?
56. Abgeordneter  
**Ottmar von Holtz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- In welchem Zeitrahmen und über welches Instrument will die Bundesregierung die von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel angekündigte Spende von 30 Millionen Impfstoffdosen weitergeben ([www.sueddeutsche.de/politik/merkel-30-millionen-corona-impfdosen-an-aermere-staaten-spende-n-1.5301703](http://www.sueddeutsche.de/politik/merkel-30-millionen-corona-impfdosen-an-aermere-staaten-spende-n-1.5301703)), und sind noch weitere Spenden geplant?
57. Abgeordneter  
**Dr. Christopher Gohl**  
(FDP)
- Welche Anpassungen hat die Bundesregierung am Pandemieplan der Bundesregierung aufgrund der Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie veranlasst, und wenn sie keine Anpassungen vorgenommen hat, warum nicht (bitte die Frage im Rahmen des möglichen Umfangs beantworten)?
58. Abgeordneter  
**Dr. Christopher Gohl**  
(FDP)
- Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung getroffen, um einer möglichen vierten „Corona-Welle“ im Herbst effektiv zu begegnen, und wenn sie keine Vorkehrungen getroffen hat, warum nicht (bitte die Frage im Rahmen des möglichen Umfangs beantworten)?

59. Abgeordnete  
**Maria Klein-Schmeink**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Nutzerinnen und Nutzer hat die SafeVac 2.0-App des Paul-Ehrlich-Instituts plattformübergreifend (bitte wochenweise seit März 2021 = 14 Wochen angeben), und mit welchen Maßnahmen setzt sich die Bundesregierung für eine möglichst flächendeckende Nutzung ein?
60. Abgeordnete  
**Kordula Schulz-Asche**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Einnahmen erwartet die Bundesregierung für die Pflegeversicherung bis zum Jahr 2025, und welche Ausgabenerwartungen infolge der aktuellen Reformvorhaben (Ausschussdrucksache 19(14)320.1) stehen dieser Entwicklung nach Einschätzung der Bundesregierung in dieser Zeit gegenüber?
61. Abgeordneter  
**Michael Theurer**  
(FDP)
- Wie möchte die Bundesregierung sicherstellen, dass flächendeckend genügend Spezialspritzen mit feineren Kanülen für die COVID-Impfungen zur Verfügung stehen, und setzt sich die Bundesregierung dafür ein, mittels Spezialspritzen, die vorhandene Impfstoffmenge besser zu nutzen?
62. Abgeordneter  
**Michael Theurer**  
(FDP)
- Wann rechnet die Bundesregierung damit, dass alle impfwilligen Erwachsenen vollständig geimpft sein werden, und ab welchem Datum wird der digitale Impfnachweis zur Verfügung stehen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur**

63. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Auf welchem Streckenanteil (in Prozent) des Bundesautobahnnetzes gibt es aktuell Streckenbeeinflussungsanlagen zur verkehrsabhängigen Steuerung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit, und wie hoch wären nach Schätzung der Bundesregierung die Kosten für eine Vollausrüstung des gesamten Bundesautobahnnetzes mit Streckenbeeinflussungsanlagen (bitte sowohl die Investitionskosten als auch die jährlichen Betriebskosten angeben)?

64. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Güterzüge, die aufgrund der Regelungen des Schienenlärmschutzgesetzes (§ 4 Absatz 1) die Fahrt nur mit reduzierter Geschwindigkeit fortsetzen durften, sind seit Beginn des Netzfahrplans 2020/2021 am 13. Dezember 2020 nach Kenntnis der Bundesregierung über die Eisenbahngrenzübergänge auf das deutsche Schienennetz gelangt, und wie verteilt sich die Zahl dieser mit niedriger Geschwindigkeit verkehrenden Güterzüge auf die jeweiligen Eisenbahngrenzübergänge (bitte für jeden Eisenbahngrenzübergang mit regelmäßigem Güterverkehr angeben)?
65. Abgeordneter  
**Sven-Christian Kindler**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie viel Fläche (in ha) wurde durch die Realisierung von Bundesfernstraßenprojekten in Niedersachsen zwischen den Jahren 2009 und 2020 versiegelt (bitte nach Landwirtschaftsflächen, Siedlungsflächen und Naturschutz/Umweltschutzgebieten/FFH-Gebieten aufschlüsseln)?
66. Abgeordneter  
**Stefan Gelbhaar**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ab wann werden die vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur angekündigten steuerrechtlichen Anreize zur Förderung umweltfreundlicher Mobilität (Klimabonus und die Übernahme der Kosten des Jobtickets durch den Arbeitgeber, vgl. [www.faz.net/aktuell/politik/inland/scheuer-will-klimabonus-fuer-kauf-umweltfreundlicher-fortbewegungsmittel-17329879.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/scheuer-will-klimabonus-fuer-kauf-umweltfreundlicher-fortbewegungsmittel-17329879.html)) für Nutzerinnen und Nutzer verfügbar sein (Aufführung nächster Schritte bitte mit Datum angeben), und wenn dies nicht geplant ist, wie begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung?
67. Abgeordneter  
**Stefan Gelbhaar**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um die Forderung der Bundesländer nach einem erneuten ÖPNV-Rettungsschirm mit Bundesbeteiligung von 1 Mrd. Euro für das Jahr 2021, die im Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 26. Februar 2021 festgehalten wurde (vgl. [www.verkehrsministerkonferenz.de/VMK/DE/termine/sitzungen/21-02-26-sonder-vmk-telefonschaltkonferenz/21-02-26-beschluss.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](http://www.verkehrsministerkonferenz.de/VMK/DE/termine/sitzungen/21-02-26-sonder-vmk-telefonschaltkonferenz/21-02-26-beschluss.pdf?__blob=publicationFile&v=3)), zu prüfen (z. B. gutachterliche Prüfung, Erhebung von Informationen bitte mit entsprechendem Datum aufführen), und mit welcher Begründung hat die Bundesregierung knapp drei Monate verstreichen lassen, bis sie diesbezüglich eine Formulierungshilfe für den Deutschen Bundestag am 12. Mai 2021 im Bundeskabinett beschlossen hat?

68. Abgeordneter  
**Oliver Luksic**  
(FDP)
- Wie viele der im Rahmen des 2. Mobilfunkgipfels vom 16. Juni 2020 geplanten 5.000 Mobilfunkstandorte wurden bisher erschlossen (bitte aufgeschlüsselt nach Bundesländern), und wie hoch war der dazu notwendige Mittelabruf aus dem Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ ([www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2020/023-scheuer-zweiter-mobilfunkgipfel.html](http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2020/023-scheuer-zweiter-mobilfunkgipfel.html))?
69. Abgeordneter  
**Torsten Herbst**  
(FDP)
- Wie viele der den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zugewiesenen Kompensationsmittel aus dem Solidarpakt II wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bis heute nicht durch die jeweiligen Länder verausgabt (bitte einzeln aufschlüsseln), und wie viele dieser nicht verausgabten Mittel aus dem Solidarpakt II müssen durch die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Zwecke der Gemeindeverkehrsfinanzierung eingesetzt werden (bitte einzeln aufschlüsseln)?
70. Abgeordneter  
**Torsten Herbst**  
(FDP)
- Wie viele Flüge hat die DFS Deutsche Flugsicherung GmbH innerhalb der vergangenen vier Jahre an den Flughäfen Dresden sowie Halle/Leipzig registriert, und wie viele dieser Flüge waren nach Kenntnis der Bundesregierung nationale und europäische Kurzstreckenflüge (bitte jeweils nach Jahren, innerdeutsch/europäisch und Flughafen aufschlüsseln)?
71. Abgeordneter  
**Dr. Dirk Spaniel**  
(AfD)
- Welchen Anteil des Güterverkehrs durch die Deutsche Bahn AG erwartet die Bundesregierung in den Jahren 2026 bzw. 2031 angesichts des Plans, mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, und sieht sie die dafür eingesetzten Investitionen von 34 Mio. Euro jährlich ab dem Jahr 2024 von 49 Mio. Euro jährlich als verhältnismäßig an (Scheuer: Güterverkehr soll von der Straße auf die Schiene [next-mobility.de]; Verkehrspolitik: Andreas Scheuer will Güterverkehr stärker fördern | ZEIT ONLINE)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

72. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann wird nach Kenntnis der Bundesregierung das in der Sache federführende Bundesland Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung zur Laufzeitverlängerung der belgischen Reaktoren Doel 1 und Doel 2 seine Stellungnahme veröffentlichen (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 122 auf Bundestagsdrucksache 19/28552), und wird die Bundesregierung unter Betracht der Relevanz des belgischen Falls Doel für die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen im Falle der Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken in der EU die belgische Regierung um grenzüberschreitende Konsultationen nach § 58 Absatz 6 bzw. nach § 55 Absatz 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) bitten (vgl. [www.spiegel.de/wirtschaft/atomkraft-dutzende-meiler-in-europa-laufen-offenbar-ohne-genehmigung-a-1282287.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/atomkraft-dutzende-meiler-in-europa-laufen-offenbar-ohne-genehmigung-a-1282287.html))?
73. Abgeordnete  
**Beatrix von Storch**  
(AfD)
- Welche konkreten Maßnahmen folgen nach Auffassung des Bundeskanzleramtes aus der Neufassung der Klimaziele, und gibt es Berechnungen darüber, mit welchen Kosten das für die öffentlichen und privaten Haushalte und die Unternehmen verbunden ist?
74. Abgeordnete  
**Lisa Badum**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung darüber Kenntnis, wie viel Treibhausgase (in Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenz) aktuell die natürlichen Senken (wie Wälder, Moore, Seegraswiese etc.) insgesamt in Deutschland und Europa binden, und inwiefern sollen diese mit den Reduktionszielen verrechnet werden (dies konnte der Auskunft der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter in der Fragestunde am 19. Mai 2021, auf die Zusatzfrage zu meiner Mündlichen Frage 5, 29268C, nicht klar entnommen werden)?
75. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Um wie viele Cents erhöhen sich die Benzin- und Dieselpreise durch die beschlossene nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung für Wärme und Verkehr jeweils zu Beginn der Jahre 2022, 2023, 2024, 2025 und 2026 ([www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/nationaler-emissionshandel-1684508](http://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/nationaler-emissionshandel-1684508)), und plant die Bundesregierung, diese Erhöhungsschritte für Menschen mit geringem Einkommen zu kompensieren?



**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung  
und Forschung**

76. Abgeordnete  
**Dr. Anna  
Christmann**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Schritte hat das Bundeskanzleramt unternommen, um die SprinD GmbH (Bundesagentur für Sprunginnovationen) mit mehr Freiheiten und mehr Agilität auszustatten, und welche weiteren Schritte plant sie dazu in den kommenden Wochen, vor dem Hintergrund des Innovationsdialogs vom 20. Januar 2021, bei dem sich Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel klar dafür aussprach, der SprinD GmbH mehr Freiheiten und Agilität in ihrer Förderung zu ermöglichen und ebenso im Lichte der Aussagen der Bundeskanzlerin auf dem Forschungsgipfel 2021 (19. Mai 2021), wonach die Förderung von Sprunginnovation nicht mit den engen Regeln des Bundesrechnungshofes vereinbar seien?
77. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Hat die Bundesregierung die bei der SprinD GmbH von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem Geschäftsführer der SprinD GmbH angemahnten Hindernisse beseitigt, und wenn ja, wie (<https://zeitung.faz.net/fas/wirtschaft/2021-05-30/fe89e2d58aeac7fb63fbf74704468576/> und [https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/merkel-kritisiert-strukturen-der-agentur-fuer-sprunginnovationen\)](https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/merkel-kritisiert-strukturen-der-agentur-fuer-sprunginnovationen)))?
78. Abgeordneter  
**Oliver Luksic**  
(FDP)
- Hat die Bundesregierung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2017, in dem das Abitur in den Bundesländern als nicht vergleichbar eingestuft wurde vor dem Hintergrund, dass die Gesamtstundenzahl für die Erreichung des Abiturs in den Bundesländern unterschiedlich ist, bewertet, und zu welchem Ergebnis ist sie gekommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

79. Abgeordnete  
**Steffi Lemke**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Abschluss erster Ölexplorationsbohrungen auf dem Gebiet des von der KfW maßgeblich finanzierten Kavango-Zambezi-Naturgeschutzgebiets (KAZA) in der Nähe des Weltnaturerbes Okavango-Delta, der nach meiner Auffassung eine Ölförderung in der Region immer wahrscheinlicher macht ([www.faz.net/aktuell/wissen/erde-klima/die-wasserresourcen-am-okavango-delta-sind-in-gefahr-17346761.html](http://www.faz.net/aktuell/wissen/erde-klima/die-wasserresourcen-am-okavango-delta-sind-in-gefahr-17346761.html)), und welche Initiativen plant die Bundesregierung zum Schutz von Anwohnenden, Umwelt und Natur auch vor dem Hintergrund der in der Petition, die diese Woche an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) übergeben wurde und über 120.000 Unterschriften enthält, vorgebrachten Probleme zu ergreifen ([www.presseportal.de/pm/22521/4930466](http://www.presseportal.de/pm/22521/4930466))?
80. Abgeordneter  
**Tobias Pflüger**  
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen zur Unterstützung der Länder der Deutsch-Südasiatischen Parlamentariergruppe (Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka) in ihren Bemühungen gegen die COVID-19-Pandemie hat die Bundesregierung bereits ergriffen, und welche weiteren konkreten Maßnahmen plant sie (vgl. [www.n-tv.de/ticker/Nepal-bittet-Weltgemeinschaft-um-Corona-Impfstoffspenden-article22567197.html](http://www.n-tv.de/ticker/Nepal-bittet-Weltgemeinschaft-um-Corona-Impfstoffspenden-article22567197.html); bitte aufschlüsseln nach Land, bereits geleistete Maßnahmen und geplante Maßnahmen)?



